

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir brauchen keinen unnötigen Plastikmüll mehr. Was Plastik anrichtet sehen wir in unseren Weltmeeren. Die Landesverwaltung muss bei der Vermeidung von Plastik- und Verpackungsmüll Vorbild sein. Vor fünf Jahren hatte sich der Landtag im Kern darauf verständigt, im Rahmen des Aufbaus einer landesweiten Modellregion „neue Lösungsansätze“ zur Vermeidung von Plastikmüll zu entwickeln und diese auf ihre Praxistauglichkeit zu überprüfen.



Mit Blick auf den Beschluss vor fünf Jahren kritisieren wir, dass insbesondere in der Landesverwaltung und den nachgeordneten Landesbehörden Plastikprodukte weiterhin eingekauft und genutzt werden. Das kann so nicht weitergehen. Das habe ich auch in meiner Rede ausgeführt.

In meinem Antrag habe ich auf das im Dezember 2018 in Brüssel auf den Weg gebrachte EU-Verbot von Plastiktellern, Trinkhalmen und anderen Wegwerfprodukten aus Kunststoff hingewiesen. Im Antrag habe ich daran appelliert, die Richtlinie im Land umzusetzen und Landesverwaltung und nachgeordnete Landesbehörden aufzurufen, „mit gutem Beispiel voranzugehen“ und in ihrem direkten Einflussbereich die Verwendung von Gebrauchsplastik und Kleinverpackungen zu verbieten. Hierzu zählen etwa Rührstäbchen oder Coffee-to-go-Plastikdeckel sowie Einwegverpackungen wie Zuckersticks, Kaffeesahne und einzeln in Plastik verpackte Kekse. Die Landesregierung soll dem Landtag regelmäßig über Umsetzungsfortschritte berichten. Die Rede ist im Newsletter aufgeführt.

Bei dieser Europawahl geht es um viel. Mit der Europawahl im Mai 2019 werden die Weichen für die weitere Entwicklung der EU gestellt. Italien, Österreich, Ungarn und der Slowakei haben gezeigt haben, dass Europaskepsis und Populismus mehrheitsfähig werden können. Nun droht, dass auch im Europaparlament die Gegner der europäischen Einigung mehr an Einfluss gewinnen.

Dies müssen wir verhindern. Wir müssen mit Zuversicht und Willen für ein gutes Europa für die Bürgerinnen und Bürger eintreten. Das ist das beste Mittel, um Nationalismus und Populismus erfolgreich zurückzuweisen. Europa ist ein Erfolgsprojekt, das Wohlstand, Freiheit und Frieden garantiert. Die SPD hat dieses Projekt immer wieder vorangetrieben. Europa ist die Antwort auf die soziale Frage ebenso wie auf die Herausforderungen durch den Klimawandel und die Migration. Nicht weniger Europa, sondern mehr Europa brauchen wir.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen in diesem Kampf für Europa auch die Enttäuschten erreichen und ihnen immer wieder das Erreichte und Gute unseres Europas erklären. Bei der Wahl am 26. Mai 2019 genügt es nicht, nur auf eine bessere Zukunft in Europa zu hoffen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind in der Verantwortung für Europa. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen am 26. Mai 2019 nicht nur alle wählen gehen, sondern alle Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins zur Wahl motivieren.

Am Mittwoch, den 24. April 2019 finden eine Veranstaltung mit unserem SPD-Spitzenkandidaten zur Europawahl statt, und zwar um 19:00 Uhr in Henstedt-Ulzburg in der Bürgermeister-Steenbock-Straße 64 „Bei Inge Vereinsgastronomie“ mit Enrico Kreft und am 09. Mai 2019 eine weitere in Bad Segeberg um 16:30 Uhr mit unseren Europakandidatinnen Katharina Barley und Delara Burckhard.

Wie genau das jetzt mit den Hasen und den Eiern funktioniert, hat die Wissenschaft noch nicht hinreichend klären können. Doch manchmal ist es schön, sich ein wenig Magie im Alltag zu erhalten, nicht alles erklären zu müssen.

Ich wünsche Euch ein frohes, geruhames Osterfest, das hoffentlich blauen Himmel und milde Frühlingssonne bringen wird.

Euer Stefan Weber

Aus dem Plenum

Gebührenfreie Meisterprüfung ist zur Zukunftssicherung

Seit Oktober 2017 wird über die Ausbildung von Meisterinnen und Meistern in Schleswig-Holstein diskutiert. Zuletzt wurde sich auf ein Konzept zur Meistergründungsprämie verständigt, eine besondere Anerkennung für eine abgeschlossene Meister-Ausbildung. Dies ist auch notwendig, denn die Zahl der Gründungen im schleswig-holsteinischen Handwerk hat seit 2006 um etwa acht Prozent abgenommen. Daher muss die Anzahl von abgeschlossenen Ausbildungen von Meisterinnen und Meistern deutlich erhöht werden. Das Handwerk in Schleswig-Holstein konnte 2018 seinen Umsatz um ganze 4,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern.

Die Handwerksberufe stehen vor zentralen Herausforderungen, die bewältigt werden müssen, wie Sicherung der Unternehmensnachfolge und die Fachkräftegewinnung. Die Beitragsfreiheit zur Aufstiegsqualifikation zur Meisterin und zum Meister kann dazu beitragen, die dualen Ausbildungsberufe attraktiver zu machen.

Die Forderung nach einer Reform des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) zur vollständigen Übernahme der Lehrgangskosten und Prüfungsgebühren der MeisterInnenausbildung ist längst überfällig. Zuletzt hat Jörn Arp, Präsident der Handwerkskammer Schleswig-Holstein, die kostenlose Meisterinnenausbildung auf dem parlamentarischen Abend des Handwerks SH gefordert.

Mündlicher Bericht zum Branchencheck Pflegekräfte

Bei der Befragung haben von den 23.638 Beschäftigten ganze 706 Personen an der Befragung teilgenommen. Bei den 706 Personen konnte man noch nicht einmal sicherstellen, dass sie tatsächlich in der Altenpflege tätig sind, weil es eine öffentliche Onlinebefragung war. Die Pflegesituation zu hinterfragen, ist grundsätzlich eine gute Sache. Einen großen neuen Erkenntnisgewinn gibt der Branchencheck Pflege aber nicht. Bedauerlich ist die geringe Anzahl der Beteiligten. Ziel war es, Best Practice Beispiele herauszufiltern und Merkmale zu finden, die mit hoher Arbeitszufriedenheit einhergehen.

Erschreckend ist, dass lediglich 31% der befragten Einrichtungsleitungen angaben, dass in ihrer Einrichtung derzeit kein Fachkräftemangel herrscht. Knapp 38% der befragten Personen gaben an, dass sie sich nicht vorstellen können in den nächsten Jahren in der jetzigen Einrichtung zu arbeiten. Davon gaben knapp 50% an, dass sie ganz aus dem Pflegeberuf ausscheiden möchten. Was hat dieser Branchencheck gebracht, jedenfalls nichts Neues. Wichtig sind verlässliche Dienstpläne und eine angemessene Bezahlung.

Kita-Reform

Heiner Garg (FDP), Landesminister für Arbeit, Soziales und Gesundheit hat am 27. März 2019 im Landtag in einer Regierungserklärung die Eckpunkte seiner Kita-Reform vorgestellt. Die Jamaikakoalition hatte versprochen, die Eltern im Zuge der Neuordnung der Kitafinanzierung noch in dieser Legislaturperiode zu entlasten und die Qualität in den Einrichtungen überall zu steigern. Das Ergebnis ist enttäuschend. In vielen Städten und Gemeinden wird der Beitragsdeckel für die Eltern keine Verringerung der Kita-Gebühren bringen. Im Gegenteil, mit dem Wegfall des Kitageldes kommt es für viele Familien sogar zu einer Mehrbelastung.

Zudem gibt es bei den Eltern Ängste, dass Kommunen, in denen Kitagebühren derzeit unterhalb des geplanten Beitragsdeckels liegen, die Kita-Gebühren bis an die neue definierte Grenze anheben. Wirkliche Entlastung gibt es nur mit kompletter Beitragsfreiheit. Anders als von der Landesregierung gerne suggeriert wird, schließt die Erhöhung der Qualität in der Kita vor Ort die Umsetzung der Beitragsfreiheit nicht aus. Beides gleichzeitig ist möglich – lediglich der politische Wille dazu fehlt. Unsere SPD-regierten norddeutschen Nachbarländer machen es uns vor. Was dort unter ähnlichen Bedingungen möglich ist, muss auch für Schleswig-Holstein gelten.

Europa muss wieder in den Tritt kommen!

Rede von Ralf Stegner zu TOP 22, 24, 25 + 35: Anträge zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und Europabericht 2018-2019 (Drs. 19/1368, 19/1370)

Wir erleben derzeit eine paradoxe Situation. Selten hatten das Europäische Parlament, der Kommissionspräsident oder gar die Tagungen des Europäischen Rates eine derart große Medienpräsenz wie derzeit dank des Brexits. Und den meisten ist dabei auch bewusst, dass Europa an einem Scheidepunkt steht, der zumindest im Rückblick in einigen Jahren ohne Zweifel als historisch angesehen werden wird. Gleichzeitig jedoch ist die öffentliche Debatte darüber, welchen konkreten Weg Europa an diesem Scheidepunkt einschlagen soll noch immer viel zu leise, in vielen Teilen sogar verzagt. Und selbst diese leisen Töne werden vom Brexit-Crescendo weitgehend überlagert. Ein trauriger Befund. Dabei gibt es in der Sache zum Brexit kaum neues: Die Liste dessen, worauf sich das britische Parlament nicht verständigen kann, wird beständig länger. Was hingegen der Konsens des Unterhauses sein könnte ist nach wie vor unklar. Ich war selber in der vorletzten Woche zu politischen Gesprächen in London, die allgemeine Ratlosigkeit vor Ort ist beinahe mit Händen zu greifen.

Ein wirklich trauriger Zustand, in den diese stolze Demokratie von unverantwortlichen Populisten gebracht wurde – das sollte uns allen ein Lehrstück sein, wohin Nationalismus führt! Über die drohenden dramatischen Folgen eines

ungeregelten Brexits haben wir in den vergangenen Tagungen bereits diskutiert haben. Aber es ist Europa auch nicht zu wünschen, dass die quälende Brexit-Diskussion über weitere Wochen und Monate läuft und die dringend notwendige Debatte über die wirklichen europäischen Zukunftsthemen überlagert.

.... Für die anstehenden Richtungsentscheidungen sind die Europawahlen Ende Mai das entscheidende Datum. Europa muss den Defensivmodus verlassen. Es wird Zeit endlich das Ungleichgewicht von wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten anzugehen. Es wird Zeit für eine gerechte Steuerpolitik, für wirkungsvollen Klimaschutz, für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Und es ist aktueller denn je, dass Europa endlich wieder seine alte Strahlkraft als großartiges Friedensprojekt entfaltet.

.....Europa muss als mehr wahrgenommen werden als nur ein Verwaltungsapparat in Straßburg und Brüssel. Und dafür muss Europa Themen angehen, die die Menschen in ihrem Alltag betreffen und bei denen wir europäische Regelungen dringend brauchen. Ich will dafür ein paar Beispiele nennen: Europa hat einen wesentlichen Teil dazu beigetragen, dass viele Europäerinnen und Europäer heute einen relativen Wohlstand genießen dürfen. Europa ist insgesamt ein reicher Kontinent geworden. Aber immer deutlicher zeigt sich, dass dieser Wohlstand nicht gleichmäßig verteilt wurde. Im Gegenteil, insbesondere die Sparpolitik der vergangenen Jahre hat viele Verlierer zurückgelassen. Nach wie vor ist die Jugendarbeitslosigkeit in Teilen Südeuropas erschütternd hoch, viele Geschäftsmodelle – bis hin zu den Tausenden von Paketboten in Sub-Sub-Sub-Unternehmen an unseren Haustüren – funktionieren nur dank Sozialdumping auf Kosten der osteuropäischen Mitgliedsländer.

Es ist Zeit für europaweite Sozialstandards, beispielsweise einen am nationalen Durchschnittseinkommen orientierten Mindestlohn, von dem letztlich auch die deutsche Wirtschaft profitiert. Und es braucht eine europaweite Anstrengung, um jungen Menschen auf dem ganzen Kontinent eine Zusicherung zu geben: Niemand bleibt zurück.

Die ganze Rede von Ralf Stegner kann hier abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/m7k-web-redesign-testversion-fa-avit/iframe.php?wp=5&tq=94&sg=266&fn=34&rd=270&suche=&b=22458>

Rede von Stefan Weber am 28. März 2018 zu TOP 13: Plastik- und Verpackungsmüll in Schleswig-Holstein deutlich reduzieren (Drs. 19/1341)

Sehr geehrter Herr Präsident!

meine Damen und Herren!

Plastik ist überall. Plastik ist ein Riesenproblem. Plastik genießt sozusagen die Anonymität unseres Alltags. Es umgibt uns so sehr, dass wir die Menge an Plastik kaum mehr wahrnehmen.

Mehr Kleidung wird heutzutage aus Polyester und Nylon hergestellt, als aus Baumwolle oder Wolle. Auch moderne Autos und Flugzeuge bestehen zu einem großen Anteil aus Kunststoff. Plastik ist in unserer heutigen Gesellschaft Normalität.

Sich mit Plastik zu beschäftigen, bedeutet in gewisser Weise, sich mit unserem Konsumverhalten selbst auseinanderzusetzen. Die Verbraucher finden es praktisch und die Unternehmen verkaufen ihnen gerne eine neue in der Herstellung preiswerte Kunststoffverpackung z.B für Limonade oder jeden gekauften Schokoriegel.

So wie Stahl die Grenzen im Bauwesen verschob, ermöglichte Kunststoff eine billige und simple Verbrauchskultur, die wir in unserem Alltag heute für selbstverständlich halten. Fakt ist aber: In den Weltmeeren befinden sich mittlerweile unvorstellbare Mengen an Plastikmüll.

Praktisch alles, was unsere moderne Gesellschaft an Plastikprodukten hervorgebracht hat bis hin zu winzigen, mit dem bloßen Auge nicht erkennbaren Mikroplastikteilchen, findet sich in unseren Meeren.

Auf den ersten Blick sichtbar ist Plastik nur auf der Meeresoberfläche, doch der größte Teil treibt darunter – bis hinunter in die Tiefsee. Diverse Expeditionen stellten fest, dass sich längst auch riesige Mengen Kunststoff am Meeresboden ablagern. Kurzum: Die Ozeane sind voller Plastik.

Es wurde auch herausgefunden, dass Plastikteile einen Geruch absondern, der von Vögeln als Geruch von Nahrung wahrgenommen wird. So findet man immer häufiger Kadaver von Seevögeln mit Kunststoffteilen im Magen. Die Tiere ersticken, erleiden tödliche Verstopfungen oder verhungern bei vollem Bauch.

Es wurden auch Wale gefunden, deren Mägen mit Plastik gefüllt waren. Oder die Tiere verfangen sich im Müll und verenden dann qualvoll. Mehr als 8 Millionen Tonnen Plastik landen jährlich in den Ozeanen, der Großteil des Meeresmülls stammt von Land.

Einige Plastikprodukte verbleiben bis zu 400 Jahren nahezu in ihrer ursprünglichen Form in den Meeren und können all die Jahre verheerende Auswirkungen haben. Plastikmüll gelangt aber auch mit dem Abwasser und mit dem Wind ins Meer. Vor allem durch die natürlichen Strömungen, die Gezeiten, aber auch durch Stürme verteilt sich Plastik von den Küsten aus relativ schnell in allen Ozeanen.

Ein Problem ist beispielsweise auch der Abfall, der einfach irgendwo zurückgelassen wird – im Park, auf der Straße und ganz besonders in der Nähe von Gewässern. Denn eine Chipsverpackung, eine Zigarettenskippe oder eine Plastiktüte, die irgendwo achtlos fallen gelassen wird, wird leicht in den nächsten Fluss geweht, der das Ganze dann langsam in Richtung Meer spült. Eigentlich dürfte dies nicht mehr vorkommen, aber so ist es leider nicht.

Wer die Berge von Plastikmüll reduzieren will, muss mehr recyceln, aber vor allem auch dem Verpackungswahnsinn ein Ende setzen. Im Grunde bräuchten wir für den Meeresschutz mehr Maßnahmen als das bevorstehende Verbot von diversen Einwegplastikartikeln.

Gestern hat das Europäische Parlament dem Kommissionvorschlag zum Verbot von Einwegplastikartikeln zugestimmt. Das ist ein Anfang und regt zum weiteren Handeln an. Ein erster konsequenter Schritt in die richtige Richtung.

Wir können und müssen hier bei uns in Schleswig-Holstein jetzt schon unseren Beitrag dazu leisten und nicht erst in zwei Jahren, wie es die EU-Ebene vorgibt.

Es freut mich, dass wir hier im Landtag bei diesem Thema gleiche Auffassungen haben, um den Plastik- und Verpackungsmüll in Schleswig-Holsteins Landesverwaltung deutlich zu reduzieren und da wo möglich ganz zu vermeiden, ich meine sogar wie auf EU Ebene verbieten.

Lassen Sie uns gemeinsam diesen ersten Schritt machen.

Die Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://m7k.ltsh.de/m7k-web-redesign-testversion-fa-avit/iframe.php?wp=5&tg=94&sg=265&fn=34&rd=380&suche=&b=22408>

Redaktion: Michael Schmidt – Kiel / Kaltenkirchen